

https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rente/altersarmut-weniger-als-1000-euro-rente-trotz-40-jahren-arbeit-millionen-sind-betroffen_id_12143753.html

Millionen Bürger betroffen: Weniger als 1000 Euro Rente trotz 40 Jahren Arbeit

Freitag 26.06.2020, 22:24

In Deutschland erhalten 2,4 Millionen Rentner trotz 40 oder mehr Beitragsjahren eine Rentenzahlung von weniger als 1000 Euro im Monat. Das reicht gerade in teuren Ballungsgebieten kaum zum Leben. Besonders fatal, wenn Betroffene nicht zusätzlich privat vorgesorgt haben. Dabei ist das nicht allzu kompliziert.

Millionen Bundesbürger beziehen unter 1000 Euro Monatsrente, obwohl sie 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die der Nachrichtenagentur AFP in [Berlin](#) vorliegt. Jeder dritte Rentner mit mindestens 40 Beitragsjahren bleibt demnach unter diesem Grenzwert.

Auch viele besonders lang Rentenversicherte liegen unter der Schwelle

Sogar bei mindestens 45 Beitragsjahren erhalten der Antwort zufolge immer noch 814.000 Rentner weniger als 1000 Euro. Bei 35 oder mehr Beitragsjahren sind es 3,4 Millionen Menschen.

Dieser zweite Zeitraum ist interessant, weil sogenannte langjährig Versicherte nach 35 Beitragsjahren und dem Mindestalter von 63 Jahren vorzeitig in Rente gehen können. Das senkt allerdings die Altersrente - bei offensichtlich bereits relativ geringen Durchschnitts-Überweisungen der Deutschen Rentenversicherung.

Altersarmut: Hunderttausende müssen mit weniger als 800 Euro auskommen

Mehr als eine Million Rentner mit 40 Beitragsjahren erhalten laut der Bundesregierung sogar weniger als 800 Euro monatlich ausbezahlt. Bei 45 oder mehr Beitragsjahren sind es 302.000 Rentner.

Angaben dazu, wie viele der Betroffenen Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben, lagen nicht vor, auch nicht zu etwaigen weiteren Einkünften neben der gesetzlichen Rente.

Linke fordert erneut höhere Renten

„Löhne und Renten sind vielfach zu niedrig in Deutschland“, erklärte Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch zu den statistischen Daten. „Dass Millionen Menschen so wenig Rente erhalten, obwohl sie jahrzehntelang eingezahlt haben, untergräbt das Vertrauen in die gesetzliche Rente“, kritisierte er weiter.

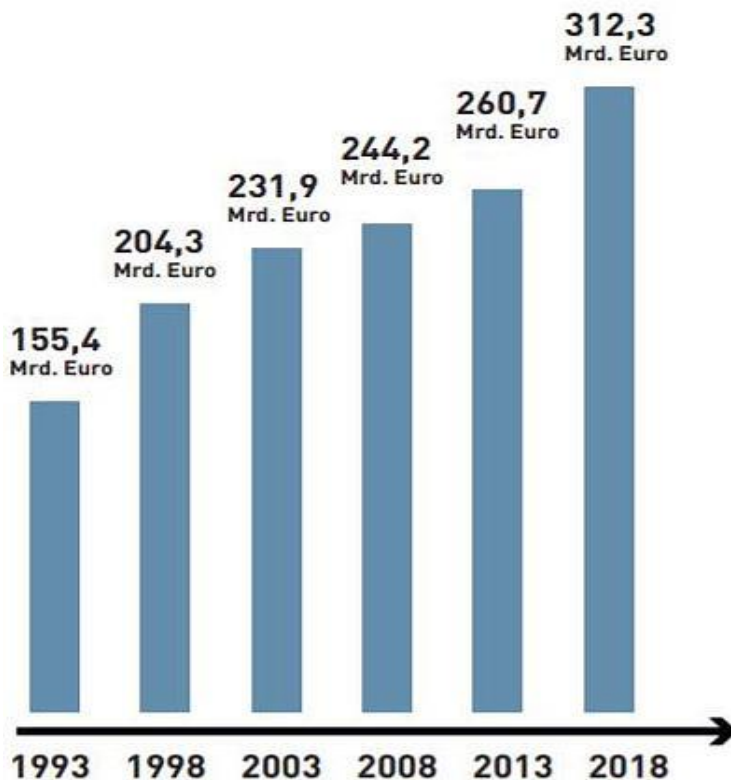
Um die Lage der Rentner mit geringen Einkommen zu verbessern, forderte Bartsch insbesondere „einen gesetzlichen Mindestlohn von zwölf Euro und ein deutlich höheres Rentenniveau“. Auch die von der Koalition geplante [Grundrente](#) werde sonst nicht für eine hinreichende Verbesserung sorgen. "Niemand soll im Alter von weniger als 1050 Euro netto leben müssen", forderte Bartsch.

Demografischer Wandel belastet Rentenversicherung immer stärker

Bartschs Forderungen nach höheren Renten sind nicht neu. Doch die Höhe der gesetzlichen Altersrente setzt die Bundesregierung ja nicht nach Gutdünken fest - sie wird nach der sogenannten Rentenformel berechnet. Dabei gilt: Je länger ein Beitragszahler in die Rentenkasse einzahlt und je höher seine Beiträge liegen, desto mehr Rente kassiert er im Alter.

Trotz einer monatlichen Beitragsbelastung von 18,6 Prozent auf Bruttoeinkommen - die sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen - reichen die Einnahmen der Rentenversicherung schon lange nicht mehr, um die Ausgaben für die gut 21 Millionen Rentner zu finanzieren. Die Milliardenlücke schließt der Steuerzahler mit Subventionen. Diese steigen mit jedem Jahr, 2019 lagen sie schätzungsweise bei 98 Milliarden Euro. Für das Jahr 2020 prognostiziert das [Deutsche Institut für Altersvorsorge](#) erstmals ein Überspringen der 100-Milliarden-Euro-Schwelle. Das wäre ein knappes Drittel aller Einnahmen der Rentenversicherung.

Rentenversicherung: Entwicklung der Einnahmen 1993 bis 2018



Deutsche Rentenversicherung. Die Rentenversicherung finanziert sich aus Beiträgen und Bundesmitteln. Diese Subventionen der Steuerzahler klettern von Jahr zu Jahr.

Das belegt: Die Beitragseinnahmen der deutschen Rentenversicherung reichen nicht einmal, um die von vielen als zu niedrig beklagten aktuellen Renten zu finanzieren. Deshalb wird sich der Wunsch [der Linken](#) auf steigende Altersrenten nur erfüllen lassen, wenn die Beiträge massiv steigen. Das hätte aber negative Folgen für den Konsum, der in Zeiten der [Corona-Krise](#) nicht weiter geschwächt werden darf.

Private zusätzliche Vorsorge reduziert Problem der Altersarmut

Realistischer, als auf einen massiven Anstieg der Rentenauszahlungen zu setzen, ist: Beschäftigte betreiben selbst eine zusätzliche private Altersvorsorge. Verzinste Privatversicherungen sind wegen des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus uninteressant.

Wer selbst fürs Alter vorsorgen will, kommt deshalb an Aktien nicht vorbei. Dabei muss niemand auf Einzelwerte setzen, die Kursschwankungen unterworfen sind.

Alternativ bieten sich sogenannte ETF (Exchange Traded Funds) an. Dabei handelt es sich um börsengehandelte Indexfonds. Ihre Vorteile: Sie lassen sich kostengünstig erwerben und enthalten Anteile einer Vielzahl verschiedenster Unternehmen. Damit streuen sie das Anlagerisiko auf viele Branchen und Regionen. Der MSCI World fasst rund 1600 Unternehmen zusammen. Damit erreichen Anleger eine maximale Streuung ihrer Investitionen. Ein Anbieter für derartige [iShares Core MSCI World UCITS ETF USD \(Acc\)](#) ist beispielsweise iShares.

Als weitere Möglichkeit, fürs Alter vorzusorgen, eignen sich Immobilien. Doch ein Kauf erfordert erhebliche Eigenmittel. Außerdem bindet sich der Erwerber mit einer Finanzierung über Jahrzehnte.